



Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2011/2012 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVAnpG 2011/2012)

Der Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte und die Vereinigung der Bremischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter stimmen dem Gesetzentwurf nicht zu. Der Gesetzentwurf will sowohl die Umsetzung der Tarifeinigung verzögern, als auch hinter ihrem Umfang zurückbleiben. Das ist nicht akzeptabel. Es benachteiligt Richter und Staatsanwälte im Land Bremen unangemessen, die Tarifeinigung erst mit sechs Monaten Verzögerung zu übernehmen und ihnen auch die Einmalzahlung von 360 Euro vorzuenthalten. Dies würde angesichts der ansteigenden Inflationsrate einen weiteren Reallohnverlust bedeuten.

Die Justiz in Bremen hat in den vergangenen Jahren trotz gewachsener gesetzlicher Aufgaben kontinuierlich ihren Beitrag im Rahmen der Personaleinsparquoten in der öffentlichen Verwaltung erbringen müssen. Dabei wurde keine Rücksicht darauf genommen, dass - anders als in manchen Bereichen der öffentlichen Verwaltung - praktisch keine Doppelstrukturen vorhanden sind und Gerichte und Staatsanwaltschaft in direktem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern ihre Aufgaben zu erbringen haben. Zusätzliche Belastungen durch Wochenend- und Bereitschaftsdienste werden weder vergütet, noch finden sie Niederschlag in der Personalberechnung. Obendrein hat bei Richtern und Staatsanwälten in den vergangenen Jahren ein außergewöhnlicher Generationenwechsel stattgefunden, der auf absehbare Zeit zu Personalausfällen durch Mutterschutz- und Elternzeiten führen wird und bereits jetzt anwachsende Bestände z.B. in Zivil- und Familiensachen zur Folge hat. Die Erledigung der Verfahren wird darüber hinaus durch den massiven Stellenabbau im nachgeordneten Bereich zusätzlich nachteilig beeinflusst. Richter und Staatsanwälte in Bremen übernehmen mittlerweile zu Lasten ihrer eigentlichen gesetzlichen Aufgaben in erheblichem Maße Arbeiten der unterbesetzten Serviceeinheiten.

Die Grenze der Belastbarkeit von Richtern und Staatsanwälten ist längst überschritten. Die Funktionsfähigkeit der Bremer Justiz wird seit langem nur durch

das hohe Verantwortungsbewusstsein und den großen persönlichen Einsatz von Richtern und Staatsanwälten aufrechterhalten. Es ist dringend an der Zeit, dass Senat und Bürgerschaft dies anerkennen. Dazu gehört auch die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für Richter und Staatsanwälte.

Die Besoldung und Versorgung der Richter und Staatsanwälte ist ohnehin bereits jetzt nicht amtsangemessen. Die zu geringe Besoldung hat jüngst auch der Europarat in seiner Resolution 1685 (2009) festgestellt und Deutschland aufgefordert, sie zu erhöhen. Das vom Deutschen Richterbund (DRB) in Auftrag gegebene Gutachten der Kienbaum-Unternehmensberatung belegt, dass die Besoldung von Richtern und Staatsanwälten und ihre Entwicklung seit Jahren deutlich unter dem Niveau vergleichbarer Berufe in der freien Wirtschaft liegen. Hinzu kommt, dass die Abkehr von einer bundeseinheitlichen Besoldung der Richter und Staatsanwälte im Zuge der Föderalismusreform in kürzester Zeit zu erheblichen Einkommensunterschieden bei gleicher Tätigkeit und Stellung geführt hat. In Bremen wird das besonders deutlich: Die Richter und Staatsanwälte im Land Bremen haben wiederholt darauf hingewiesen, dass Bremen im Bundesvergleich der Richterbesoldung am Ende der Skala liegt.

Bei einem Einstiegsgehalt von ungefähr 3.339 Euro brutto verdient ein junger Berufseinsteiger in das Richteramt in Bremen, verglichen etwa mit dem Kollegen im Saarland, monatlich ca. 100 Euro weniger; zu Bayern beträgt der Unterschied sogar 180 Euro. Unter diesen Bedingungen fällt es immer schwerer, die besten Juristen für den Beruf des Richters und Staatsanwalts in Bremen zu gewinnen. Von der verfassungsrechtlich gebotenen amtsangemessenen Besoldung entfernt sich Bremen damit immer weiter.

Die realen Einkommenseinbußen der vergangenen Jahre zeigen sich dabei nicht nur in der verzögerten Übertragung von Tarifabschlüssen des öffentlichen Dienstes. Vielmehr wurden zu Lasten von Richtern und Staatsanwälten auch der Ruhegehaltshöchstsatz von 75 % auf 71,75 % gesenkt, das Weihnachtsgeld (Sonderzuwendung bzw. -zahlung) und das Urlaubsgeld gestrichen, die anteiligen Beihilfeleistungen gekürzt und Richtern und Staatsanwälten nicht versicherbare Selbstbeteiligungen in Krankheitsfällen auferlegt. Die Aufwendungen für eine aus der Besoldung zu finanzierende beihilfekonforme Krankenversicherung sind in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Die Beiträge in der privaten Krankenversicherung werden auch in diesem Jahr im Schnitt um sechs Prozent steigen. Dies alles führt zu einer deutlichen Verringerung der für den sonstigen Unterhalt zur Verfügung stehenden Besoldungsbeträge. Insgesamt sind die Bezüge gegenüber den Preissteigerungen allein in den Jahren 1992 bis 2007 um fast 40 % zurückgeblieben.

Diese nicht abschließende Auflistung zeigt auf, dass die Besoldung und Versorgung der Richter und Staatsanwälte in Bremen in besonderem Maße von Einschränkungen betroffen war und von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung sowohl im nationalen wie im europäischen Maßstab abgekoppelt wurde.

Richter und Staatsanwälte sollen unter dem Deckmantel „sozialer Ausgewogenheit“ weiter auf die ihnen zustehenden Besoldungserhöhungen verzichten müssen. Die in der Gesetzesbegründung als „begrenzter Sparbeitrag“ bezeichnete Einbuße wirkt sich über die Laufzeit der Tarifeinigung betrachtet in vierstelliger Höhe aus, beispielsweise für einen 27jährigen Berufsanfänger in Höhe von 1.398 Euro.

Die Haushaltslage rechtfertigt kein Sonderopfer von Richtern und Staatsanwälten.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Goldmann

Friedemann Traub